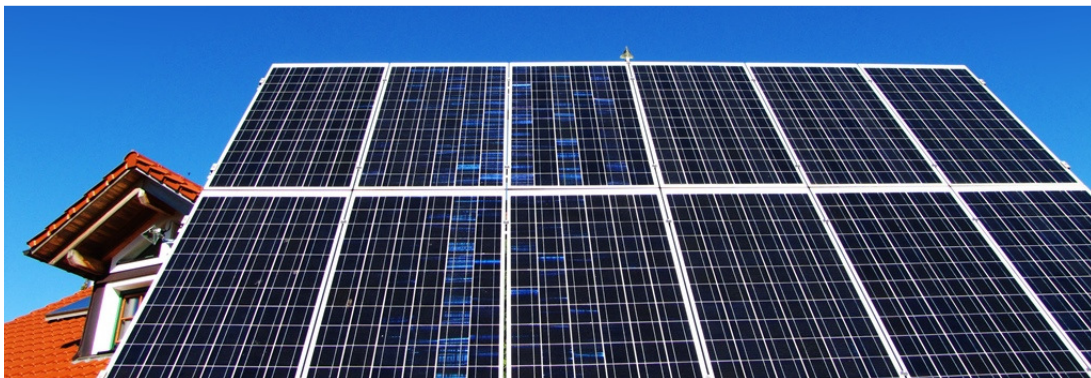


Fraktion im Rat der Stadt Oldenburg

Newsletter CDU-Fraktion – Nr.22/Juni 2021

Interview: Klimaschutz kommunal +++ Luftfilter: Erfolgreicher Vorstoß der Fraktion
+++ Schwimmkurse: Angebote reichen nicht aus

„Klimaschutz ist eine Daueraufgabe“



Solaranlagen leisten auch in Oldenburg einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Bild: Rainer Sturm/Pixelio

Mehr als 100 Einzelanträge, Themen-Workshops, ausgedehnte Ausschusssitzungen: Wohl kaum ein Thema zuvor hat die Oldenburger Politik so intensiv beschäftigt wie die von „Fridays for Future“ angestoßene Klimadebatte. Für die CDU-Fraktion haben Michael Schilling, Vorsitzender des Umweltausschusses, der umweltpolitische Sprecher Stefan Menke und Fraktionschef Olaf Klaukien den Prozess seit Herbst 2019 eng begleitet. Zeit für eine Zwischenbilanz.

Der Rat hat beschlossen: Bis 2035 soll Oldenburg klimaneutral werden. Das Ziel ist ambitioniert, aber ist es auch realistisch?

Olaf Klaukien: Zunächst ist es wichtig, dass wir uns überhaupt ein Ziel gesetzt haben. Denn ohne Ziel kommt beim Thema Klimaschutz zu wenig Druck auf den Kessel. Ob wir Klimaneutralität bis 2035 in Oldenburg erreichen, wird sich zeigen. Das Ganze bedarf immer auch einer jährlichen Nachjustierung und gegebenenfalls Neubewertung. Es handelt sich hierbei um einen Prozess.

Michael Schilling: Ich halte die Klimaneutralität bis 2035 für ein realistisches Ziel. Entscheidend ist für mich die Evaluation in Form einer regelmäßigen Bewertung der CO₂-Kontingente.

Stefan Menke: Dem kann ich mich anschließen, es bedarf aber auch einer großen Kraftanstrengung. Gerade in den ersten Jahren werden wir hohe Planungsleistungen erbringen müssen. Daher sind Zwischenziele mit Maßnahmen, die man auch schnell umsetzen kann, wichtig.

Wie teuer wird der Klimaschutz für die Stadt Oldenburg?

Michael Schilling: Man muss die Kosten immer in Relation zu denen des Klimawandels mit seinen Folgen sehen. Dennoch sollten wir uns klar machen, dass die Umsetzung unserer Ziele eine Menge Geld kosten wird, um sie bis 2035 zu erreichen. Wir reden im Hinblick auf die gesamte Zeitspanne von Zahlen im mittleren zweistelligen oder gar dreistelligen Millionenbereich.

Wo liegen die Chance, wo die Grenzen des Klimaschutzes auf kommunaler Ebene?



„Die Chancen liegen in kurzen Entscheidungswegen“ – Olaf Klaukien

Olaf Klaukien: Die Chancen sehe ich vor allem in den kurzen Entscheidungswegen der kommunalen Selbstverwaltung. Die Grenzen liegen in den landes- und bundesrechtlichen Regelungen zum Beispiel im Baurecht.

Stefan Menke: In meinen Augen kann die Stadt Oldenburg besonders an ihren eigenen Gebäuden tätig werden. Alles was uns selbst gehört, bietet Möglichkeiten, energetische Veränderungen vorzunehmen und somit eine Menge CO₂ zu sparen.

Was wurde bislang in Oldenburg erreicht, wo besteht dringend Handlungsbedarf?

Michael Schilling: Im Bereich Wassermanagement hat die Stadt schon vor der Fridays-Debatte eine Menge unternommen. Gleiches gilt für die Pflege zusammenhängender Landschafts- und Naturschutzgebiete. Das größte Handlungsfeld sehe ich auch bei der Sanierung eigener städtischer Gebäude. Dort liegt ein Riesenpotenzial, das wir abrufen können.

Olaf Klaukien: Was wir vor allem erreicht haben, ist eine Bewusstseinsänderung. Ich erinnere mich an die ersten Beratungen der Klimaschutzkonzepte in der vorherigen Ratsperiode. Da gab es gerade im Hinblick auf Einschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger erhebliche Skepsis und ein „Das lassen wir mal lieber“. Jetzt hat sich das Pendel in die andere Richtung bewegt, die Bereitschaft etwas zu verändern ist größer geworden. Dazu hat uns ein Stückweit auch die Initiative von „Fridays“ gezwungen.

Seit eineinhalb Jahren gibt es den politischen Dialog mit Fridays for Future. Hätte es die klimapolitischen Beschlüsse auch ohne deren Initiative gegeben?

Michael Schilling: Ich glaube, dass die Initiativen schon Einfluss darauf hatten, aber wir haben uns auch nicht nur dem Druck gebeugt. Hierzu muss man sich die Historie des Prozesses vor Augen führen. Wir als Politik haben das Verfahren mitgesteuert und über die Workshops kanalisiert. Dadurch wiederum hat „Fridays“ erst konkrete kommunalpolitische Forderungen eingebracht, die wir hier auf städtischer Ebene umsetzen können.

Olaf Klaukien: Wir wollten eine unkontrollierte Diskussion vermeiden. Daher haben wir als Politik den Prozess strukturiert, auch um unseren Einfluss und unsere Zuständigkeit zu behalten.

Stefan Menke: Der größte Erfolg ist es, dass wir in diesem Prozess gemeinsam Handlungsfelder für Oldenburg gefunden haben.

Wo ist die konkrete Handschrift der CDU-Fraktion in dem gesamten Klimapaket?

Michael Schilling: Auf jeden Fall bei der Strukturierung des Prozesses, den wir maßgeblich gesteuert haben. Dadurch wurde es möglich, die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen zu wahren. So konnten wir auch den hin und wieder aufblitzenden Aktionismus der Umweltinitiativen mildern und kanalisieren.

Olaf Klaukien: Inhaltlich ging es oft um die Frage, welche Auswirkung die einzelne Maßnahme auf einzelne Gruppen hat. Das war ein guter Maßstab, denn wir wollen ja Klimaschutz, dürfen dabei aber nicht die Bürgerinnen und Bürger überfordern.

Die nötige Akzeptanz ist also in Oldenburg vorhanden?



„Die Anträge sind nicht im luftleeren Raum entstanden“ – Michael Schilling

Michael Schilling: Die Anträge sind ja nicht im luftleeren Raum entstanden. Begleitet von Expertise unterschiedlicher Couleur sind die Vorschläge der Initiativen von uns bewertet und gegebenenfalls verändert worden – immer im Zusammenspiel von Politik, äußeren Akteuren und Verwaltung.

Stefan Menke: Dadurch ist es uns gemeinsam gelungen, am Ende Anträge mit Substanz zu formulieren, die auf kommunaler Ebene umsetzbar sind und dadurch auch bei den Bürgerinnen und Bürgern auf Akzeptanz stoßen.

Was sind aus Sicht der Fraktion die wichtigsten Beschlüsse?

Stefan Menke: Für mich ist es wie schon gesagt die Sanierung der Gebäude sowie deren Ausstattung mit Photovoltaik-Anlagen. Wir betrachten die Gebäude bezogen auf ihr Energie-Einsparpotential jetzt in ihrer Gesamtheit.

Olaf Klaukien: Ich sehe zwei Dinge. Zunächst alles das, was wir im eigenen Bereich mit städtischem Geld umsetzen. Somit treffen wir im Hinblick auf die finanziellen Auswirkungen nicht die Bürgerinnen und Bürger. Zweiter wichtiger Punkt ist, dass wir Anreiz- und Fördersysteme wie etwa bei der Photovoltaik geschaffen haben. Damit können wir als Stadt energetische Maßnahmen sinnvoll finanziell unterstützen.

Hat Fridays for Future die Kommunalpolitik verändert oder verändert die Politik die Initiativen?

Michael Schilling: Ich glaube, dass der Prozess auch die Initiativen verändert hat. „Fridays“ verändert sich aber auch selbst und widmet sich nun noch anderen, eher linken, Themen. Der Prozess hat aber auch uns verändert. Was den Arbeitsaufwand angeht, sind wir dabei mitunter an Grenzen gestoßen. Mittlerweile dauern die Sitzungen des Umweltausschuss fünf Stunden und länger. Auch aus Verwaltungssicht kann man so etwas mal ein oder zwei Jahre durchhalten, danach müssen wir aber alle wieder in den Normalmodus schalten.

Stefan Menke: Für uns als ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker war dies ein sehr wichtiger, aber auch langer Prozess, der viel Zeit gekostet hat. Letztlich muss der Aufwand machbar bleiben.

Olaf Klaukien: Kommunalpolitik lebt sehr stark vom Zusammenspiel mit den Akteuren im vorpolitischen Raum. Der Prozess mit den Initiativen ist dennoch als einzigartig zu bewerten. Wir müssen dabei aufpassen, die gewählten Politiker nicht zu überfordern. So etwas können wir daher nicht bei allen großen Themen wiederholen. Schließlich treffen immer noch die gewählten Vertreterinnen und Vertreter - begleitet von den beratenden Mitgliedern - in den Fachausschüssen und im Rat die Entscheidungen.

Kurzer Ausblick: Wie geht es in der nächsten Ratsperiode weiter?



„Das Thema wird uns weiter massiv beschäftigen“ – Stefan Menke

Stefan Menke: Ich glaube schon, dass uns das Thema in den nächsten fünf Jahren weiter massiv beschäftigen wird. Jetzt ist die Phase, in der wir die klimapolitischen Weichen für die Zukunft in Oldenburg stellen.

Olaf Klaukien: Klimaschutz ist eine Daueraufgabe, auch über die kommenden fünf Jahre hinaus. Es wird aber entscheidend sein, ob wir in Zukunft auch noch die finanziellen Mittel zur Verfügung haben. Aktuell haben wir haushaltstechnisch keine Probleme mit der Finanzierung. Wenn sich das allerdings mal ändern sollte, müssen wir uns überlegen: Welche Maßnahmen können wir uns

leisten zulasten anderer Bereiche? Diese Frage mussten wir bislang nicht beantworten, sie könnte aber irgendwann die Debatte neu aufrollen.

Luftfilteranlagen: Vorstoß für besseres Raumklima

Mit einem erfolgreichen Vorstoß hat sich die CDU-Fraktion für mobile Luftfilteranlagen in öffentlichen Gebäuden eingesetzt. Auf unsere Initiative beauftragte der Stadtrat in der April-Sitzung die Verwaltung, bis zum Sommer ein Konzept für mobile Luftfilteranlagen an öffentlichen Gebäuden mit Schwerpunkt Schulen und Kindergärten zu erstellen. „Die Anlagen leisten einen wichtigen Beitrag zum Infektionsschutz bei Kindern und Jugendlichen, die auch im kommenden Herbst und Winter mit Sicherheit noch nicht geimpft sein werden“, sagte die Fraktionsvorsitzende Dr. Esther Niewerth-Baumann. Rückenwind erhielt das Thema durch die Ankündigung der Bundesregierung, die Installation von Frischluft-Klimaanlagen in Schulen und Kindergärten mit 80 Prozent zu fördern.



Luftfilter leisten einen wichtigen Beitrag zur Pandemiebekämpfung in geschlossenen Räumen.
Bild: Krantz/Pressefoto

Mehrfach hatte die Fraktion das Thema im Schulausschuss gesetzt, fand dafür jedoch seinerzeit wenig Gehör. Nun erhielt der Antrag mit kleinen Änderungen eine große Mehrheit. „Unserem Vorstoß hätte man schon damals folgen können. Aber besser spät als nie“, blickte Esther Niewerth-Baumann, schulpolitische Sprecherin der Fraktion, zurück. Sie verwies auf Städte wie Kaiserslautern und Hanau, die Luftreinigungsanlagen vor allem in Klassenräumen und Kitas bereits erfolgreich

einsetzen. „Luftfilter leisten einen wichtigen Beitrag zur Pandemiebekämpfung, gerade im Hinblick auf den Schulstart nach den Sommerferien“, betonte Ratsfrau Annika Eickhoff.

Digitalisierung: Aktualität überholt Zeitplan

Das IT-Entwicklungskonzept der Stadt Oldenburg wurde im Jahr 2018 für den Zeitraum von 2019 bis 2023 auf den Weg gebracht. Die Corona-Pandemie und ihre Folgen für die Schulen konnte zu diesem Zeitpunkt selbstverständlich niemand absehen. Der mehrmonatige Schulloekdown mit wechselnden Lernszenarien und langen Phasen von Distanzunterricht hat die Anforderungen an die technische Ausstattung jedoch spürbar erhöht. Zugleich haben die vergangenen Monate auch die Defizite bei der Digitalisierung von Schulen aufgedeckt. Die Aktualität hat somit den Zeitplan der Stadt überholt. Demnach sollen bis Ende 2022 lediglich 35 der 50 Schulen in städtischer Trägerschaft über den notwendigen Glasfaseranschluss verfügen. Das ist aus Sicht der CDU-Fraktion zu langsam und zu spät.

Daher fordert die Fraktion, das IT-Entwicklungskonzept hinsichtlich der zeitlichen Ziele zu überarbeiten: Bis Ende 2022 sollen alle 50 Schulen einen leistungsfähigen Glasfaseranschluss erhalten.

Schwimmkurse: Angebote reichen nicht



Schwimmkurse sind heiß begehrt, aber oft schnell ausgebucht. Bild: Stephanie Hofschläger/Pixelio

Mit Dank an die Schwimmvereine und Kritik an der Stadtverwaltung hat die Fraktion auf die aktuelle Debatte zur Wiederaufnahme des Kursbetriebs in Oldenburger Schwimmbädern reagiert. Während die Vereine nun auf die Stadt zugehen und eine Kooperation zur Verbesserung der Situation an den Schulen anbieten, zeigt das im Umkehrschluss, dass die Verwaltung diesen Schritt bisher offenbar versäumt hat.

Genau das hatte der Rat jedoch vor drei Jahren auf Initiative der CDU-Fraktion beschlossen. Im Jahr 2018 wurde die Verwaltung bzw. die Bäderbetriebsgesellschaft beauftragt, ein Konzept zur Erweiterung des Kursangebotes gemeinsam mit den Sportvereinen, Universität, Schulen und Kindergartenträgern zu erarbeiten. „Auch wenn jetzt zusätzliche Kurse angeboten werden, um die coronabedingten Ausfälle zu kompensieren, ist bislang aus unserer Sicht zu wenig passiert“, sagte Petra Averbeck, Vorsitzende des Sportausschusses: „Von einem schlüssigen Konzept kann auch drei Jahre nach dem Ratsbeschluss nicht die Rede sein. Die entsprechende Arbeitsgruppe ist offenbar während der Coronazeit komplett abgetaucht.“ Als Ziel wurde 2018 gemeinsam festgelegt, dass jedes Kind zum Ende der Grundschulzeit mindestens das Jugendschwimmabzeichen in Silber als Nachweis der Schwimmfähigkeit erworben haben soll.

Die Verwaltung spricht in ihrer Vorlage von einem mittel- bis langfristigen Konzept, doch die Probleme drücken jetzt akut, meint Petra Averbeck und sichert zu: „Wir bleiben am Ball.“

Weitere Informationen über die Arbeit der CDU-Fraktion finden Sie auf unserer Internetseite: www.cdu-fraktion-oldenburg.de

Das Fraktionsbüro der CDU erreichen Sie telefonisch unter 0441 – 2352686.